**<http://www.zentrum-der-gesundheit.de/codex-alimentarius-ia.html>**

[**http://www.eufic.org/article/de/artid/codex-alimentarius/**](http://www.eufic.org/article/de/artid/codex-alimentarius/)

**EU-Behörde widerspricht WHO**

[**http://orf.at/stories/2311978/2311983/**](http://orf.at/stories/2311978/2311983/)

**Krebserregend oder nicht? Der Streit über die möglichen gesundheitsschädlichen Wirkungen von Glyphosat, einem der weltweit am häufigsten eingesetzten Unkrautvernichtungsmittel, geht in eine neue Runde. Erst vor wenigen Tagen bescheinigte die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) dem Pestizid Unbedenklichkeit. Nun protestieren fast 100 namhafte Forscher gegen diese Einschätzung.**

Die EFSA hatte Glyphosat als „wahrscheinlich nicht krebserregend für Menschen“ eingestuft. „Was die Karzinogenität betrifft, so ist es unwahrscheinlich, daß dieser Stoff krebserregend ist“, hatte Jose Tarazona, Leiter des EFSA-Referats Pestizide gesagt - mehr dazu in [science.ORF.at](http://science.orf.at/stories/1764539/). Die EU-Behörde widersprach damit einer etwas älteren Untersuchung der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Diese hatte im Frühling das Pestizid als „wahrscheinlich krebserregend für Menschen“ bewertet.

**„Wissenschaftlich unakzeptabel“**

Gegen die Einschätzung der EU-Behörde formierte sich nun internationaler Protest. In einem offenen Brief an EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis, der der „Süddeutschen Zeitung“ („SZ“) vorliegt, erheben die Forscher schwere Vorwürfe gegen das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) und die darauf aufbauende Bewertung der EFSA. Diese sei in Teilen „wissenschaftlich unakzeptabel“. Die Ergebnisse seien „durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt“.

Koordiniert wurde der Protest von Krebsforscher Christopher Portier, Ex-Direktor des National Toxicology Program der USA, einer wichtigen Einrichtung der US-Regierung zur Chemikalienprüfung. Er untersuchte das Pestizid auch im Auftrag der IARC. Das BfR wies gegenüber der „SZ“ die Vorwürfe zurück. Man könne diese Aussagen „wissenschaftlich nicht nachvollziehen“. Das Institut habe sich bei der Berücksichtigung von Studien auf das alleinige Kriterium der wissenschaftlichen Qualität gestützt.

**Studien neu interpretiert**

Die EFSA und das BfR waren auch dafür kritisiert worden, sich bei ihrer Bewertung auf von der Industrie unterstützte Studien gestützt zu haben. Diese Studien waren im Gegensatz zu den von der IARC herangezogenen Untersuchungen keiner Überprüfung durch Fachkollegen unterzogen worden. Dieser „Peer Review“-Prozeß ist ein in der Forschung übliches Verfahren zur Qualitätssicherung, in dem fachkundige unabhängige Gutachter die Studie vor der Veröffentlichung beurteilen.

Die EU-Behörde interpretierte zudem die von der IARC verwendeten Studien neu. Diese hatten Produkte, die Glyphosat und andere Wirkstoffe enthalten, an Mäusen getestet. Die EFSA bewertete nun, wie wahrscheinlich ein Mensch die Dosen einnehmen würde, die die Mäuse bekommen haben - mehr dazu in [science.ORF.at](http://science.orf.at/stories/1764618/). Die EFSA schlug daher einen neuen Grenzwert für die akute Aufnahme von Glyphosat vor - zum Beispiel während einer einzigen Mahlzeit von 0,5 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht.

Damit werde „die künftige Bewertung potentieller Risiken durch Glyphosat“ verschärft, so Tarazona. Bisher gibt es nur einen Grenzwert für die tägliche regelmäßige Aufnahme des Stoffes - dieser soll laut EFSA-Empfehlung von 0,3 auf 0,5 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht erhöht werden.

**Verbot gefordert**

Für heftige Kritik sorgte die Entscheidung der EU-Behörde auch bei Umweltschützern. Diese fordern seit Jahren ein Verbot des Pestizids. Global 2000 etwa vermutete im Anschluß an die EFSA-Entscheidung, daß die „chemische Industrie und Zulassungsbehörden durch die Anwendung spezieller statistischer Verfahren ‚getrickst‘“ hätten. Kritik kam auch von Greenpeace. „Das Papier verläßt sich stark auf nicht publizierte Studien, die von den Glyphosaterzeugern in Auftrag gegeben worden sind und mißachtet Hinweise aus Peer-Reviewed-Studien, wonach Glyphosat krebserregend ist.“

**Milliardenumsätze mit Glyphosat**

Die Wissenschaftler forderten die EU-Kommission nun auf, „die fehlerhafte Bewertung der EFSA nicht zu beachten“. Die EU-Kommission muß bis Mitte 2016 entscheiden, ob Glyphosat für weitere zehn Jahre zugelassen wird. Am Dienstag soll der offene Brief in Brüssel übergeben werden.

Hinter der Entscheidung steckt auch ein Milliardengeschäft. Weltweit wird der jährliche Umsatz auf rund fünf Milliarden Euro geschätzt. In Deutschland wird laut dem Landwirtschaftsministerium Glyphosat auf rund 40 Prozent der Ackerflächen gespritzt. In Österreich sind nur die Zahlen der Hersteller verfügbar. Laut diesen wurden 2014 338 Tonnen des Pestizids verkauft. Wieviel davon auf den Feldern landete, ist aber unklar.

**Links:**

* [EFSA](http://www.efsa.europa.eu/de/)
* [IARC](http://www.iarc.fr/)
* [Global 2000](https://www.global2000.at/)
* [Greenpeace](http://www.greenpeace.org/)
* [„SZ“-Artikel](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/streit-um-unkrautvernichtungsmittel-wissenschaftler-protestieren-gegen-glyphosat-bewertung-1.2759599)

**Wissenschaft in der Lobbyingfalle**

[**http://science.orf.at/stories/1763077/**](http://science.orf.at/stories/1763077/)

**Ob Medizin, Ernährung oder Umwelt - kaum eine politische Entscheidung wird heute noch getroffen, ohne daß zuvor der Rat der Wissenschaft eingeholt wird. Das hat aber auch eine Schattenseite: Immer wieder werden Vorwürfe laut, daß auf EU-Ebene viele Lobbyisten im Forschermantel auftreten.**

Erstellt am 22.09.2015.

Als "Gegenmittel" empfiehlt der französische Politikwissenschaftler David Demortain im science.ORF.at-Gespräch Transparenz und eine möglichst vielfältige Zusammensetzung von Beratungsgremien. Politische Entscheidungen würden dadurch zwar nicht einfacher, dem Ansehen der Wissenschaft könnte das aber nützen.

**"Routinemäßig mitentscheidend"**

**Veranstaltungshinweis**

Am 22. und 23. September widmete sich in Brüssel eine von der Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory (CEO) und dem EU-Parlament gemeinsam organisierte Konferenz dem Thema "Science vs. Lobbying. How to escape the regulatory capture?" Der Politikwissenschaftler David Demortain, der am French National Institute for Agronomic Research (INRA) und der London School of Economics forscht und lehrt, diskutierte dabei die Frage: "What defines acceptable evidence for policy-making, in particular for regulated industry products such as medicines, foodstuffs, chemicals?"

**Links:**

* [David Demortain](http://www.ddemortain.com/)
* [Programm der Konferenz "Science vs. Lobbying" ,.pdf](http://bit.ly/1V5lASH)
* [Livestream zur Konferenz](https://www.youtube.com/user/CEOwebtv)
* [Corporate Europe Observatory](http://corporateeurope.org/)
* [A new mechanism for independent scientific advice in the European Commission](http://corporateeurope.org/sites/default/files/attachments/commission_proposals_for_independent_scientific_advice.pdf)
* [CEO-Empfehlungen für wissenschaftliche Beratung](http://corporateeurope.org/power-lobbies/2014/11/how-improve-scientific-advice-european-commission)

**Ö1-Sendungshinweis**

Über Wissenschaft in der Lobbyingfalle berichtete auch ["Wissen Aktuell"](http://oe1.orf.at/programm/415561) am 22. September um 13.55 Uhr.

Forschungsinstitute, hinter denen Firmen bzw. Unternehmensverbände stehen; durch immer neue Studien künstlich verlängerte Debatten; willkürlich ausgewählte Studien zur Untermauerung einer Entscheidung - von all diesen Praktiken berichtet Corporate Europa Oberservatory (CEO), eine sich selbst als lobbyingkritisch definierende Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Brüssel, wenn es um wissenschaftliche Politikberatung auf EU-Ebene geht. Laut CEO wurde die Wissenschaft für Lobbyisten interessant, weil viele politische Entscheidungen in den letzten Jahrzehnten so komplex wurden, daß sie ohne Beratung durch Fachleute kaum zu treffen sind. Gesundheit (Stichwort: [Medikamentenzulassung](http://science.orf.at/stories/1760994/)), Ernährung (zuletzt: [Energy-Drinks](http://science.orf.at/stories/1752666/)), Umwelt (z. B. [Bisphenol A](http://science.orf.at/stories/1752684/)) und Landwirtschaft ([etwa Glyphosat](http://science.orf.at/stories/1761473/)) sind Bereiche, in denen die EU durch ihre Richtlinien auch in den Mitgliedsstaaten großen Einfluß hat.

"Wissenschaft spielt eine große Rolle, weil sie routinemäßig in all diesen Feldern in Entscheidungsprozesse integriert ist", so Demortain von der Universität Paris, der sich schwerpunktmäßig mit der Beziehung zwischen Wissen und Regulierung beschäftigt. In Europa wird eine Fülle an Studien produziert, die nicht alle in Entscheidungsprozesse einfließen können. Eine Auswahl muß getroffen werden, und diese Auswahl nehmen meist wissenschaftliche Beratungsgremien vor - und steuern damit zu einem gewissen Ausmaß die Diskussion.

**Kein Generalverdacht**

Der Politikwissenschaftler unterstützt nicht den Generalverdacht, daß wissenschaftliche Expertise grundsätzlich als Instrument eingesetzt wird, um Entscheidungen in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. EU-Agenturen holen zahlreiche Expertisen ein, und letztlich müsse man auf Ausgewogenheit vertrauen. Aber: "Firmen und Unternehmensverbände haben Wege gefunden, mit den Mitgliedern wissenschaftlicher Beratungsgremien Kontakt aufzunehmen", so Demortain.

Zuletzt hat laut CEO die Debatte über Chemikalien, die direkt auf das menschliche Hormonsystem wirken, gezeigt, daß Industrievertreter enge Kontakte zu wissenschaftlichen Beratern geknüpft haben. Das Ziel sei letztlich, im Rahmen der Anhörung möglichst viele Vertreter der eigenen Position unterzubringen und so eine "Meinungsübermacht" zu erzeugen - eine klassische Lobbyingmethode, die nun auch über die Wissenschaft angewandt wird.

**Größtmögliche Offenheit**

Der Pariser Politikwissenschaftler sieht zwei Möglichkeiten, Wissenschaft zumindest ein Stück weit aus der Lobbyingfalle herauszuholen, beide setzen am Beratungsprozeß selbst an: Zum einen sollte der Prozeß selbst so transparent wie möglich sein. Welche Studien wurden als Grundlage für die Entscheidung herangezogen? Welche nicht? Welche Kriterien hat man verwendet, um diese Grenze zu ziehen? Diese Informationen sollten öffentlich zugänglich sein, meint Demortain. Wobei er ergänzt: Mehr Transparenz bedeutet nicht weniger Konflikte. Der Wissenschaft aber könnte es nützen, wenn sichtbar würde, daß es unterschiedliche Positionen gibt.

Zum Zweiten sollten die Beratungsgremien selbst möglichst divers besetzt sein, sodaß auch die verschiedenen Zugänge zu einer Frage durch die Personen selbst repräsentiert sind. Auch die Informationen zu Treffen von Mitgliedern des Gremiums mit Lobbyisten - seien es nun Unternehmens- oder NGO-Vertreter - müßten öffentlich zugänglich sein. Durch das starke "Freedom of Information"-Gesetz der EU können diese Infos schon heute zum Großteil von den EU-Behörden verlangt werden, nur wenige machen sich aber die Mühe, eine solche Anfrage zu stellen.

**Neues Beratungsgremium**

Ob Transparenz und Vielfalt der Beratungsgremien auf Ebene der in vielen Belangen entscheidenden EU-Kommission wirklich ernst genommen wird, wird sich demnächst zeigen. Die EU-Kommission hatte im Mai angekündigt, im Herbst Details zu einem neuen Mechanismus unabhängiger wissenschaftlicher Beratung zu veröffentlichen. Bisher ist nur bekannt, daß eine Gruppe aus Experten die Funktion des höchst umstrittenen "Chief Scientific Adviser" übernehmen und damit die Beratung auf eine - personenmäßig - breitere Basis gestellt werden soll. Wie genau der Prozeß ablaufen soll, dazu wird möglicherweise gerade jetzt heftig lobbyiert.

*Elke Ziegler, science.ORF.at*

**Mehr zum Thema:**

* [EU-Kommission ohne Wissenschaftsberatung](http://science.orf.at/stories/1749589/)
* [EU-Forschung: Noch Fragen?](http://science.orf.at/stories/1746688/)
* [Union aus Forschungsarm und Forschungsreich](http://science.orf.at/stories/1746992/)